

Armuts- und Reichtumsbericht:

**Wir stellen die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben in den
Mittelpunkt unserer Politik**

1. Mit dem **Beschluss vom 27. Januar 2000** hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt, regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstatten.

Der neue Armuts- und Reichtumsbericht zeigt ernsthafte Probleme auf:

Unzureichende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eine Tatsache.

Folgende **Ergebnisse** zeichnen sich ab:

- ⇒ Aufgrund der schwachen Konjunktur und der hohen Arbeitslosigkeit haben die Unterschiede in der Einkommensentwicklung in Deutschland seit 1998 zugenommen. Die **Armutsrisikoquote** in Deutschland ist gestiegen: von 12,1% (1998) auf 13,5% (2003). Man muss aber auch sehen: Insgesamt hat sich das Maß an Ungleichheit seit 1995 kaum verändert.
- ⇒ Von **Einkommensarmut** sind in erster Linie Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, kinderreiche Familien und Erwerbslose betroffen, nicht jedoch Seniorinnen und Senioren. Deren Armutsrisikoquote ist von 13,3% (1998) auf 11,4% zurückgegangen.
- ⇒ Die relative **Einkommensarmut** von **Familien mit Kindern** hat sich deutlich günstiger entwickelt als die der Alleinstehenden ohne Kinder. Die Anhebung des Kindergeldes hat die Armutsrisikoquote bei Familien um 9%-Punkte und bei allein Erziehenden um 15%-Punkte gesenkt.
- ⇒ Das durchschnittliche monatliche **Haushaltsnettoeinkommen** ist in Westdeutschland vom 1. Halbjahr 1998 bis zum 1. Halbjahr 2003 um 7,8% (real: 1,1%) von 2.686 Euro auf 2.895 Euro gestiegen – in Ostdeutschland um nominal 10,4% (real 3,5%) von 2.023 Euro auf 2.233 Euro. Der höhere Zuwachs in den neuen Ländern weist auf eine zunehmende Angleichung zwischen Ost und west hin.
- ⇒ Die **Wohnkostenbelastung einkommensschwacher Familien** hat sich durch die Wohngeldleistungs-Novelle (zum 1.1.2001 in Kraft getreten) deutlich reduziert. Diese erhalten im Durchschnitt monatlich 42 Euro und damit über 50% mehr Wohngeld als bisher.

2. Wir haben die aufgezeigten Probleme erkannt: **Die Maßnahmen der Bundesregierung zielen auf die im Bericht beschriebenen Probleme und werden ihre Wirkung entfalten.**

Beispiel Steuerpolitik:

- ⇒ Das steuerfreie Existenzminimum wurde von 6.322 € (1998) auf 7.664 € (2004) erhöht und der Eingangssteuersatz von 25,9 % (1998) auf derzeit 16,0 % (2004) gesenkt. In 2005 beträgt er 15,0 %. Davon profitieren v.a. die unteren und mittleren Einkommensbezieher.
- ⇒ Mehr als 70 Steuerschlupflöcher wurden geschlossen. Heute zahlen Einkommensmillionäre in Deutschland fast 6 Mrd. Euro mehr Steuern als vor vier Jahren.

Beispiel Arbeitsmarktpolitik:

Die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** hat sozialpolitisch höchste Priorität. Die Reformen in der Arbeitsmarktpolitik zielen darauf ab, von der Gewährung von Lohnersatzleistungen auf eine bessere Vermittlung und Aktivierung umzusteuern. Denn erst die materielle Absicherung durch eine stabile Beschäftigung ermöglicht es, vollständig am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen.

- ⇒ Mit der **Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe** zum 1.1.2005 sorgen wir erstmals dafür, dass erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger die Chance erhalten, wieder Arbeit zu bekommen.
- ⇒ Für die **Wiedereingliederung von Arbeitslosen** im Rahmen von Hartz IV stellen wir allein **6,3 Mrd. Euro** für 2005 zur Verfügung. Wir setzen den Schwerpunkt auf **Jugendliche unter 25 Jahren**, damit ein frühzeitiger Ausschluss aus dem Erwerbsleben vermieden wird.
- ⇒ **Arbeit muss anständig bezahlt werden.** Damit jeder, der arbeitet von seinem Einkommen sein Auskommen ausreichend bestreiten kann. Wir haben die **Einkommensentwicklung im unteren Bereich** zu einem gemeinsamen Thema von SPD und Gewerkschaften gemacht, weil Löhne gedrückt werden, Arbeit in diesem Segment illegal durchgeführt oder - im produzierenden Bereich - ins Ausland verlegt wird. Denn diese Fehlentwicklung im unteren Einkommensbereich ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden weiter gemeinsam an Lösungsansätzen arbeiten.

Beispiel Familienpolitik:

- ⇒ Insgesamt haben wir die **finanziellen Leistungen für Familien** von 40 Mrd. Euro (1998) auf 60 Mrd. Euro (2003) erhöht.
- ⇒ Wir haben das **Kindergeld für das 1. und 2. Kind** um 42 Euro von 112 Euro auf 154 € im Monat erhöht. Allein dadurch hat heute eine Familie mit zwei Kindern im Jahr rd. **1000 Euro** mehr zur Verfügung als 1998.
- ⇒ Bekämpfung von **Kinderarmut**: Eltern mit geringem Einkommen erhalten ab 2005 einen Kinderzuschlag in Höhe von monatlich 140 € pro Kind. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 1025 Euro erhält damit 280 Euro zusätzlich. Hinzu kommt das Kindergeld von 308 Euro. Damit verfügt die Familie über 1.613 Euro.

3. Der Bericht belegt den engen Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen einerseits und geringem Bildungsniveau, schlechter Wohnraumversorgung, höherem Krankheitsrisiko und gesellschaftlicher Ausgrenzung andererseits. Die Steuerpolitik, staatliche Transferzahlungen und Leistungen der Sozialversicherungen müssen daher **dem Ziel der Armutsvermeidung verpflichtet** sein.

4. Richtig ist aber auch: **Wir dürfen uns nicht auf eine Diskussion um monetäre Unterstützungsleistungen beschränken.** Ebenso wichtig ist die Verbesserung der Infrastruktur für junge Familien und Alleinerziehende. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist eine zentrale Aufgabe. Den Ausbau der frühkindlichen Kinderbetreuung haben wir beschlossen. Bei der beruflichen Förderung von Frauen dürfen wir nicht nachlassen.
 - ⇒ Die **Betreuung für Kinder unter drei Jahren** wird durch die Förderung den schrittweisen Auf- und Ausbau von Kinderkrippen bis 2010 unterstützt.

5. Wir dürfen keine **Bildungsarmut** hinnehmen: Wir müssen gerade Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen und armen Familien den Zugang zu Bildung und Ausbildung ermöglichen. **Teilhabegerechtigkeit** und **Verwirklichungschancen** sind zentrale Ziele, um eine (Un-)Kultur der Armut zu durchbrechen. Teilhabe, die Befähigung durch Bildung und Ausbildung und die Eröffnung von Zukunftschancen stehen im Mittelpunkt vieler Maßnahmen der Agenda 2010.
 - ⇒ Mit der **Förderung von Ganztagschulen** gehen wir einen richtigen Schritt. Wir haben deshalb das Ganztagschulprogramm aufgelegt. Bis 2007 werden dafür 4 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.
 - ⇒ Das **Ausgabevolumen für die Ausbildungsförderung** wurde von 1,2 Mrd. Euro (1998) auf 2,03 Mrd. Euro (2003) nahezu verdoppelt. Damit stieg die Zahl der Geförderten insgesamt von 341.000 (1998) auf 505.000 (2003).
 - ⇒ Insgesamt haben wir die **Mittel für Bildung und Forschung** seit 1998 um 2,72 Mrd. Euro (+37,5%) auf rd. 10 Mrd. Euro erhöht.
 - ⇒ Wir wollen den Anteil der **Investitionen in Forschung und Entwicklung** am BIP bis 2010 auf über 3%. Dazu wollen wir u.a. die bisherigen finanziellen Mittel für die Eigenheimzulage umwidmen und in Bildung und Forschung geben.

Für all unsere Maßnahmen die wir bereits ergriffen haben und die wir in den kommenden Jahren noch umsetzen werden gilt: Der Mensch steht im Mittelpunkt.